

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1889

21.2.1889 (No. 51)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 21. Februar.

№ 51.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1889.

Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 14. Februar 1889 gnädigt geruht, den außerordentlichen Professor Dr. Max Schottelius an der Universität Freiburg zum ordentlichen Professor der Hygiene daselbst zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 14. Februar d. J. gnädigt geruht, den Güterverwalter Otto Broß in Konstanz unter Verleihung des Titels „Oberrechnungsrath“ zum Vorstand der Eisenbahnhauptkontrolle I,

den Sekretär August Störck bei der Generaldirektion der Staatsbahnen zum Güterverwalter in Waldshut und den Bahnverwalter Ferdinand Kruse in Lauda zum Revisor bei der Generaldirektion der Staatsbahnen zu ernennen;

den Güterverwalter Karl Heizler in Bruchsal nach Pforzheim und

den Güterverwalter Karl Frey in Heidelberg nach Bruchsal zu versetzen und

den Bahnverwalter Karl Sprauer in Bretten zum Güterverwalter in Heidelberg,

den Bahnverwalter Johann Landwehr in Singen zum Güterverwalter in Konstanz,

den Stationskontroleur Karl Hunler in Konstanz zum Bahnverwalter in Singen und

den Stationskontroleur Robert Hornung in Freiburg zum Bahnverwalter in Bretten zu ernennen.

Mit Entschliebung des Finanzministeriums vom 18. Februar d. J. wurde Stationskontroleur Ludwig Gutmann in Mannheim der Bahnverwaltung Baden und Stationskontroleur Georg Pippig in Baden der Bahnverwaltung Mannheim zugetheilt.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordres vom 16. d. Mts. ist Folgendes bestimmt:

1. Badisches Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109:

v. Trotha, Hauptmann und Kompagniechef, unter Beförderung zum überzähligen Major als aggregirt zum 4. Großherzoglich Hessischen Infanterie-Regiment (Prinz Karl) Nr. 118,

v. Bräsewiz, Hauptmann, à la suite des Infanterie-Regiments Graf Dönhoff (7. Ostpreussischen) Nr. 44, unter Entbindung von dem Kommando als Adjutant bei der 3. Infanterie-Brigade, als Kompagniechef in das obige Regiment, — versetzt.

Frhr. d'Orville v. Löwenclau, Portepesführer, zum Secondelieutenant befördert.

2. Bad. Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm I. Nr. 110:

v. Schmid I., Secondelieutenant, zum Premierlieutenant,

Koettchau und v. Poschinger, Portepesführer, zu Secondelieutenants, — befördert.

Infanterie-Regiment von Lützow (1. Rhein.) Nr. 25:

v. Heymann und Werner, Portepesführer, zu Secondelieutenants befördert.

3. Badisches Infanterie-Regiment Nr. 111:

Meilms, Premierlieutenant, zum 1. April d. Js. von dem Kommando bei der Unteroffizierschule in Jülich entbunden.

Argelander, Portepesführer, zum Secondelieutenant,

Billmann, Unteroffizier, zum Portepesführer, — befördert.

4. Badisches Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112:

v. Olszewski, Secondelieutenant, in das Pommersche Füsilier-Regiment Nr. 34 versetzt.

5. Badisches Infanterie-Regiment Nr. 113:

Boech, Major, unter Belassung in dem Kommando zur Dienstleistung bei der Eisenbahn-Abtheilung des großen Generalstabes, dem Regiment aggregirt.

v. Kracht, Major, vom Füsilier-Regiment von Gersdorff (Hessischen) Nr. 80, als Bataillonskommandeur in obiges Regiment versetzt.

1. Badisches Leib-Dräger-Regiment Nr. 20:

Frhr. v. Podewils, Portepesführer, zum Secondelieutenant befördert.

Kurmärkisches Dräger-Regiment Nr. 14:

Negenborn, Portepesführer, zum Secondelieutenant befördert.

2. Badisches Dräger-Regiment Nr. 21:

Kunze, Portepesführer, zum Secondelieutenant befördert.

Landwehr-Bezirk Mosbach:

v. Holendorff, Hauptmann von der Infanterie I. Aufgebots, der Abschied mit der Erlaubniß zum Tragen

der Landwehr-Armee-Uniform mit den für Verabschiedete vorgeschriebenen Abzeichen, —

Dörfler, Secondelieutenant von der Infanterie II. Aufgebots, der Abschied, — bewilligt.

Landwehr-Bezirk Heidelberg:

Kreuth, Secondelieutenant von der Infanterie II. Aufgebots, zum Premierlieutenant befördert.

Rheinen, Hauptmann von der Infanterie I. Aufgebots, der Abschied bewilligt.

Landwehr-Bezirk Karlsruhe:

Schlebach, Premierlieutenant von der Infanterie I. Aufgebots, zum Hauptmann befördert.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 20. Februar.

Das englische Parlament tritt morgen zu einer neuen Session zusammen. Die bevorstehende Tagung nimmt auch die Aufmerksamkeit des Auslandes in besonderer Maße in Anspruch, weil das Parlament sich mit Maßregeln zu beschäftigen haben wird, die auf eine beträchtliche Vermehrung und Verbesserung der englischen Kriegsstärke abzielen. Zu Großbritannien ist endlich die Ueberzeugung zum Durchbruch gelangt, daß die Verteidigungsmittel des Landes zu weit hinter den riesenhaften Fortschritten der modernen Kriegstechnik zurückgeblieben sind, um dem Inselreiche für den Fall einer europäischen Entwicklung einen genügenden Schutz zu gewähren. Vorläufig gedenkt man sich auf eine Reorganisation des Flottenwesens zu beschränken. Während erste militärische Autoritäten Englands, so z. B. der Herzog von Cambridge und Lord Wolsey, sich für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht einsetzen, begegnet dieser Gedanke im englischen Publikum noch immer dem lebhaftesten Widerstande, und die öffentliche Meinung spricht sich entschieden dafür aus, alle militärische Thätigkeit der nächsten Zeit auf eine Verstärkung der Flotte zu konzentriren. Ueber die Unerläßlichkeit einer solchen sind alle Parteien des Landes einig, weil allgemein die Erkenntniß vorwaltet, daß nur eine starke Flotte gegebenenfalls im Stande wäre, die Zufuhr der meist vom Auslande bezogenen Substanzmittel Englands zu verbürgen. Der gegenwärtige Stand des Heeres — 211 500 Mann, von denen 71 600 Mann in Indien stehen, — wird als für die kolonialen und Verteidigungsbedürfnisse ausreichend erachtet, während die Flotte stark genug sein muß, um eine eventuelle Invasion Großbritanniens zu verhindern. Es herrscht darüber Uebereinstimmung, daß die Verstärkung und bessere Armirung der Flotte um so energischer in die Hand genommen werden muß, als dieselbe sich ohnehin trotz der eifrigsten Mühen und des größten Gelbtaufwandes nicht über Nacht bemerkbar machen läßt. Der Gelbtaufwand ist natürlich ein gewaltiger, wenn eine Nation so viel in ihrem Verteidigungswesen nachzuholen hat, wie die englische, die sich nur zu lange in einem Gefühl falscher Sicherheit wiegte. Der Schatzkanzler Goschen hat in dieser Beziehung an einem der Tage voriger Woche seinen Wählern in Pimlico sein Leid geklagt. Er hob die Schwierigkeit seiner Stellung als Schatzkanzler gegenüber den Kreditforderungen, welche die Reform des Flottenwesens nötig macht, hervor. Aber er betonte auch, das Land fordere mit Recht eine Verstärkung der Flotte, die Regierung sei sich ihrer Verantwortlichkeit für die äußere Sicherheit des Landes bewußt und deshalb müßten die erforderlichen Geldmittel gefunden werden, wenn auch die Budgetpläne des Schatzamtes dadurch theilweise umgestürzt würden. Die englischen Ministerien legten immer ein Hauptgewicht auf ein glänzendes Budget und der Engländer ist sehr dazu geneigt, den Werth einer Regierung nach den Ziffern des Staatshaushaltes zu bemessen. Aber wenn auch niemand den Vortheil eines günstigen Budgets gering anschlagen wird, so ist es doch sicherlich nicht das rechte, wenn das günstige Ergebnis der Finanzaufstellung dadurch erzielt wird, daß wichtige Interessen der Großmachtstellung und der Sicherheit des Landes vernachlässigt werden. Das Ministerium Salisbury hat sich entschlossen, für die Flottenmacht Englands erhebliche Opfer zu bringen, und die Vorschläge, welche es in dieser Richtung dem Parlamente zu machen gedenkt, werden das letztere in seiner neuen Tagung in erster Linie beschäftigen. Genaueres über den Plan der Regierung wird die Thronrede zur Parlamentseröffnung bringen. Einige Blätter wollen von einem ziemlich weitanschauenden Projekte der Regierung wissen. Nach dem „Manchester Courier“ soll der für die Prüfung der Flottenfrage eingesetzte Kabinettsausschuß beantragen, daß bis zum Jahre 1895 etwa 20 bis 22 Schlachtschiffe ersten Ranges gleich dem „Trafalgar“ und dem „Mile“, 50 Schnellkreuzer und eine entsprechende Anzahl von Torpedobooten gebaut, sowie

die alten Vorderladergeschütze schleunigst durch Hinterlader ersetzt werden. Die Ausführung dieses Programms würde nicht weniger als hundert Millionen Pfund erfordern, die durch eine Anleihe beschafft werden müßten, während man früher nur auf eine Ausgabe von zehn Millionen für die Vermehrung der Flotte rechnete. Wenn die Vorschläge der Regierung aber wohl auch nicht so weitgehende sein werden, wie der „Manchester Courier“ behauptet, so ist es doch unzweifelhaft, daß dem Parlamente die Verathung über wichtige Maßregeln zur Verstärkung der englischen Seekriegsmacht obliegen wird. Die innerpolitische Situation Englands ist im ganzen unverändert. Wenn die Gladstone'sche Presse, in erster Linie die „Daily News“, in regelmäßigen Zwischenräumen von ernstlichen Mißhelligkeiten zwischen den Konservativen und den liberalen Unionisten berichtet, so hat man aus der häufigen Wiederkehr dieser immer unbestätigt gebliebenen Meldungen schon längst den richtigen Maßstab für die Beurtheilung solcher Gerüchte gewonnen; man weiß, daß die englische Oppositionspresse Wünsche und Thatsachen verwechselt, zum Theil wohl zu agitatorischen Zwecken absichtlich verwechselt. Darum hat man auch der in den letzten Tagen von den „Daily News“ verbreiteten Behauptung, daß die liberalen Unionisten tief verstimmt von der Amtsführung des irischen Obersekretärs Balfour seien, nirgends eine ernstere Bedeutung beigelegt. Es versteht sich von selbst, daß das Verhältniß zweier Parteien, die durch einen historischen Gegensatz von einander unterschieden sind und nur aus Opportunitätsrückichten Hand in Hand gehen, nicht durchweg auf einen reinen Afford gestimmt sein kann; aber das ausschlaggebende für die liberalen Unionisten ist immer die Ueberzeugung, daß sie einen Sieg der irischen Politik Gladstone's zu verhindern trachten müssen, und das Bewußtsein dieser Nothwendigkeit führt sie bei allen wichtigen Entscheidungen wieder mit den Konservativen zusammen. Eine parlamentarische Niederlage, die seinem Wirken ein pöthliches Ziel setzen könnte, hat das Ministerium Salisbury deshalb wohl auch in der morgen beginnenden Parlamentstagung nicht zu befürchten.

Für den Anfuhrhandel nach Persien ertheilt das Februar-Hest des Handelsarchivs folgende Winke:

„In Persien unterliegen die Waaren fremder und diejenigen persischer Kaufleute abweichenden Einfuhrzöllen. Eingeborene Agenten europäischer Häuser sollen diesen Umstand dazu benutzt haben, für eigene Rechnung aus dem Auslande bezogene Waaren zu den niedrigeren Zollfüßen der zwischen Persien und fremden Mächten vereinbarten Vertragstarife einzuführen. Die persische Zollbehörde hat sich infolge dessen veranlaßt gesehen, von einem so verfahrenen persischen Agenten die Verzollung sämtlicher für ihn aus dem Auslande, gleichviel ob für eigene oder für auswärtige Rechnung eingeführten Waaren nach den für die einheimischen Kaufleute geltenden Sätzen zu verlangen. Unter diesen Umständen wird es sich für Häuser, welche nach Persien Handel treiben und dort keine eigenen Niederlassungen unterhalten, empfehlen, ihre dortige Vertretung thunlichst europäischen Kaufleuten zu übertragen.“

Deutschland.

* Berlin, 19. Febr. Heute Vormittag unternahm Seine Majestät der Kaiser eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten, nahm den Vortrag des Oberhof- und Hausmarschalls v. Liebenau entgegen, sprach den Geheimen Regierungsrath Wiesner und empfing den Chef der Admiralität und später den Chef des Militärkabinetts, Generalleutenant und Generaladjutant v. Sahnke, zu Vorträgen.

Am nächsten Freitag findet beim Reichszkanzler Fürsten Bismarck ein parlamentarisches Diner statt, zu dem zahlreiche Landtagsabgeordnete aus verschiedenen Fraktionen Einladungen erhalten haben.

Im Abgeordnetenhaus glaubte man heute zu wissen, daß die Ernennung des Kammergerichtspräsidenten von Dethlöffler zum Staatssekretär im Reichsjustizamt in den allernächsten Tagen erfolgen werde.

Der „Post“ zufolge stände die Einbringung der Artillerievorlage im Bundesrathe bereits morgen zu erwarten.

In der gestrigen Sitzung der Reichstagskommission für die Alters- und Invalidenversicherung wurde nach der Abstimmung über die Dethlöffler'sche Altersparaffie die Debatte über die Schutzvorschriften §§ 110—115 fortgesetzt. Die überwiegende Mehrheit der Kommission hielt die Aufnahme dieser Paragraphen theils für überflüssig, theils für bedenklich; es fand demgemäß die Streichung derselben statt, wogegen die Regierungsvertreter wenig einzuwenden hatten. In der heutigen Sitzung wurden die von der Oberaufsicht durch die Reichs- und Landesversicherungsämter handelnden Bestimmungen §§ 116—119 erörtert und mit der vom Abg. Struckmann vorgeschlagenen Abänderung ange-

nommen, daß nur das Reichsversicherungsamt, nicht die Landesversicherungsämter die Revisionsinstanz für das ganze Reich bilden soll. Die besondern Bestimmungen der §§ 120 bis 127 bezüglich der Reichs- und Staatsbetriebe wurden mit Zustimmung des Staatsministers v. Voelticher gestrichen; diese Betriebe werden also ebenfalls den allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes unterworfen. Die Kommission trat sodann in die Berathung des letzten Abschnitts, Schluß-, Straf- und Uebergangsbestimmungen, ein und erledigte bis zum Schluß der Sitzung die §§ 128—146, indem dieselben mit nicht sehr wesentlichen Änderungen angenommen wurden, mit Ausnahme jedoch des § 139, welcher gestrichen wurde, weil es bedenklich schien, die Hinderung versicherungspflichtiger Personen an Annahme oder Ausübung eines Ehrenamtes durch den Arbeitgeber willkürlichen Deutungen auszusetzen. Mit § 147 wurden die sehr wichtigen Uebergangsbestimmungen in Angriff genommen, zu denen eine größere Anzahl von Abänderungsanträgen vorliegt, welche sämmtlich den Zweck verfolgen, die Wohlthaten des neuen Gesetzes den Invaliden früher zuteil werden zu lassen, als die §§ 10—12 vorschreiben. Die Verhandlung hierüber wird die morgende voraussichtlich letzte Sitzung der Kommission in Anspruch nehmen, worauf eine vierzehntägige Pause bis zum Beginn der zweiten Lesung eintreten wird.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die zweite Berathung des Etats beim Etat des Ministeriums des Innern fort und erledigte diesen nach einer wenig erheblichen Debatte, welche sich um die Verhältnisse der Standesämter in Posen, den mit Extrablättern getriebenen Umsatz, die Gehaltsverhältnisse der Landräthe und den Kollportagebuchhandel bewegte; nach unerheblicher Debatte wurde auch der Rest der Tagesordnung bewilligt.

Stuttgart, 20. Febr. Die gestrige Publikation des „Staatsanzeigers“, welche eine Uebersicht über den neuen Etat gibt, beruft sich zunächst auf die Thronrede, in welcher die günstige Finanzlage ihren Ausdruck fand. Unter den in der Thronrede in Aussicht gestellten Bewilligungen haben diejenigen betr. Aufbesserung der Beamtengelder und Entlastung der Amtsdörperschaften und Gemeinden im vorliegenden Etat noch keine Aufnahme gefunden, dieselben sind vielmehr einem demnächst einzubringenden Nachtragset vorbehalten. Da in der vorliegenden Etatsberechnung in den beiden Jahren 1889/91 die Ausgaben zu 58 123 439 M. bez. 59 087 481 M. die Einnahmen zu 61 184 219 M. „ 61 630 841 M. berechnet sind, so nach ein Ueberschuß von 3 060 780 M. „ 2 543 360 M. zu erwarten steht, so sind für diesen Nachtragset reichliche Mittel vorhanden. Noch größere Summen stehen für einmalige Ausgaben zur Verfügung, indem das Vermögen der sog. „Restverwaltung“ auf 1. März 1888 auf 8 832 671 M. angewachsen ist.

A. Was nun zunächst den ordentlichen Etat anlangt, so sind in demselben die Staatsausgaben in den einzelnen Kapiteln meist ohne wesentliche Veränderungen gegen den früheren Etat angelegt. Im Kapitel der Staatsschuld sind Anleihen für Eisenbahnbauten im Betrag von 12 Millionen Mark in Aussicht genommen. Von den älteren Anleihen, die auf 1. April 1890 kündbar werden, sollen 44 998 000 M., die noch zu 4½ Proz. verzinst sind, gekündigt und in ein niedriger verzinsliches Anleihen umgewandelt werden. Für die ordentliche Tilgung sind vorgesehen pro 1889/91 2 739 721 M., pro 90/91 2 001 720 M., für die außerordentliche Tilgung pro 1890/91 839 200 M. Für die Verzinsung der Staatsschuld, die zur Zeit 424 051 519 M. beträgt, sind erforderlich pro 1889/90 17 574 836 M., pro 1890/91 17 480 343 M. (Hierunter entfallen allein auf Verzinsung der Eisenbahnschuld für beide Jahre zus. 31 638 423 M. Da der Reinertrag der Eisenbahnen für die Jahre 1889/91 auf zus. 30 133 800 M. veranschlagt ist, so wird also auch in der neuen Periode mit einem Eisenbahndefizit von 1 504 623 M. gerechnet.)

Bei den Etats der einzelnen Ministerien wird für das Departement des Innern mehr verlangt 30 010 M., hauptsächlich für das Landjägercorps. Für das Kultdepartement wird mehr verlangt 503 365 M., darunter je 100 000 M. jährlich für Schullehrergehalte. Das Departement der Finanzen hat einen Mehrbedarf von 244 818 M.

Die Matrifularbeiträge sind entsprechend dem Reichshaushaltsetat für 1889/90 angelegt mit 10 396 845 M. pro 89/90 und 11 300 000 M. pro 90/91.

B. Die ordentlichen Einnahmen nehmen bei der Forstverwaltung ein Mehr von 67 129 M. in Aussicht, bei den Eisenbahnen pro 1889/90 mehr: 1 540 210 M., pro 1890/91 1 767 210 M., bei den Posten und Telegraphen ein Plus von 275 857 M., bezw. 486 107 M., bei der Bodenseedampfschiffahrt ist wegen eines Mehraufwands für Reparaturen eine Mindereinnahme von 26 563 M. pro 1889/90 vorgesehen.

Bei den direkten Steuern ist, wie schon telegraphisch erwähnt, eine Steuerherabsetzung in Aussicht genommen, und zwar bei der Steuer von Grundeigenthum, Gefällen, Gebäuden und Gewerben von 3 M. 90 Pf. auf 3 M. 50 Pf. von 100 M. steuerbarem Betrag; bei der Steuer von Kapital, Renten, Dienst- und Berufseinkommen aber von 4 M. 80 Pf. auf 4 M. 40 Pf. Bei den Wirtschaftsabgaben von Wein und Obstmost ist ein Plus der Einnahme von 200 000 M., bei der Malzabgabe von 50 000 M. angenommen.

Bei den Ueberschüssen aus der Reichskasse ist für jedes der beiden Jahre eine Mehreinnahme von 5 501 860 M. berechnet, wobei der Antheil an der Branntweinsteuer pro 1889/90 auf 4 711 270 M. angelegt ist.

C. Was die außerordentlichen Ausgaben anlangt, so sollen von den oben erwähnten 8 832 671 M. Restmitteln 8 080 142 M. zu einer Reihe außerordentlicher Bewilligungen verwendet werden. Hierunter sind zu erwähnen: je 1 Million Mark für beide Etatsjahre zu Staatsbeiträgen für Straßenbauten, 220 000 M. für ein neues Justizgebäude in Ulm, 382 000 M. für Gefängnisbauten, 750 000 M. für eine Irrenanstalt in Weiffenau, 130 000 M. für Kirchenrestorationen, 200 000 M. für evang. Pfarrhäuser, 940 000 M. für eine Irrenklinik in Tübingen, 470 000 M. für Kuranlagen in Wildbad, endlich 1 700 000 M. als zweite Rate für das neue Landesgewerbemuseum in Stuttgart.

Straßburg, 19. Febr. Im Landesausschuß traten bei der Berathung der Zölle und Steuern die Abgeordneten Hugo Bulach und Grad für die Erhöhung des Eingangszolles auf ausländische Tabake sowie für Ermäßigung und milde Handhabung der Tabaksteuer ein, um dadurch die sehr gedrückte Lage der Tabakpflanzer aufzubessern. Als beide Redner sich lebhaft zu Gunsten der Einführung des Tabakmonopols aussprachen, spendete das Haus allseitig warme Zustimmung. Unterstaatssekretär Schrant betonte abermals, die Entscheidung über alle diese Dinge liege bei der Reichsgewalt, die Landesverwaltung habe sich indessen zur Fürsprecherin für die Wünsche des Landes gemacht und werde sie auch ferner vertreten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Febr. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Debatte über das Wehrgesetz fort, wobei Graf Apponyi erklärte, der Ministerpräsident kompromittire die Stellung und Würde der Krone, die Rückkehr zu normalen Zuständen sei unmöglich, so lange Tisza Ministerpräsident, dessen Ansehen jedenfalls geschwunden wäre. Tisza erwiderte, die vorgefallenen Ausschreitungen kämen auch anderwärts vor, ohne daß jemand daraus große Gefahr folgerte, wie z. B. jüngst in Rom, wo die Regierung aber angegriffen wurde, weil sie für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht sorgte. Nirgends aber sei ein Ton angeschlagen worden wie hier, nirgends die Idee des Widerstandes mit dem Revolver angeregt. Tisza wies ferner mit großer Entschiedenheit den Vorwurf der Demagogie zurück und bemerkte schließlich, das vereinigte Wirken beider Oppositionsparteien werde zweifellos nach einer Richtung hin erfolgreich sein, in der Vertheidigung der Verfassung, die niemand anordnete. Nachdem die Opposition gedroht hatte, keinen Minister mehr anzuhören zu wollen, wurde die Sitzung geschlossen.

Frankreich.

Paris, 19. Febr. Präsident Carnot konferirte im Laufe des Vormittags mit Tirard, welcher sich darauf zu Meliac begab. Die Verhandlungen über die Neubildung des Kabinetts werden dem Vernehmen nach erst nach der heutigen Kammer Sitzung und der ebenfalls heute stattfindenden Versammlung der Gruppen der Linken wieder aufgenommen.

In Folge der Krise ist die Interpellation des Deputirten Andrieux über die Lage in Tonkin auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Andrieux hält indessen an seiner Absicht zu interpelliren fest, zumal die neuesten Nachrichten aus französisch-sinnesindien nicht günstig lauten und es fast den Anschein hat, als ob der „unerklärte“ Krieg mit China wieder auszubrechen drohe. Ein hiesiges Blatt berichtet darüber: „China tritt aus seiner Neutralität von neuem heraus. Die Gouverneure der Provinzen von Yunnan und Quang-Si ziehen Truppen zusammen; ein Missionar fand die Grenzstadt Mo-Tzeu in beständiger Erregung und Ende Dezember griffen regelmäßige chinesische Truppen den besetzten Ort Monlay, wo die Franzosen ein Blockhaus errichtet haben, an. Am 24. Dezember abends bemerzte der dortige Posten einen Lichtschein; fast zugleich fielen zwei Schiffe und der allgemeine Angriff begann. Die französische Garnison griff sofort zu den Waffen und nach vierstündigem Kampfe zogen sich die Angreifer nach China zurück. (Monlay ist nur durch einen Fluß von dem chinesischen Dorfe Dong-Hin getrennt, wo eine chinesische Militärabtheilung liegt.) Am 27. wurde der Angriff erneuert, jedoch waren diesmal die Angreifer nicht 100, sondern 250 Mann stark. Der Kampf dauerte etwa ¼ Stunden. Die Chinesen hatten hinter einer Böschung, in der Nähe des Kirchhofs, ungefähr 100 Meter vor der Citadelle Stellung genommen. Das Gewehrfeuer war heftig, von beiden Seiten wurden ungefähr 2000 Patronen verschossen. Als die Marineartillerie mit ihren 80 Millimeter-Geschützen eingriff, zogen die Chinesen sich über die Grenze zurück. Am folgenden Tage fand man in der verlassenen Stellung eine Masse Hülsen von Mausers, Winchester- und Remington-Patronen. Das Feuer der Chinesen war gut geleitet und die Befehle wurden mit dem chinesischen Signalhorn gegeben, was beweist, daß man mit regelmäßigen chinesischen Truppen zu thun hatte. Am folgenden Tag, um 10 Uhr Abends, wiederholte sich der Angriff. Er war diesmal zugleich gegen das Blockhaus, das Zollamt, die Stadt und die Residenz gerichtet und der Kampf dauerte wenigstens drei Stunden. Gegen Mitternacht gerieth das Blockhaus in Brand und die Chinesen bemächtigten sich desselben; der Sergeant de Spere von der Fremdenlegion, der diesen Posten befehligte, wurde getödtet. Die Stadt Monlay ist gegenwärtig aufgegeben. Unser Gewährsmann berichtet ferner, daß die Landstraßen im Innern von Tonkin tagtäglich unsicherer werden und die Europäer der Zukunft mit Bangen entgegensehen.“ In dieser Bericht vielleicht auch übertrieben, so steht es doch fest, daß die Situation in Tonkin sich wieder verschlimmert hat.

Großbritannien.

London, 19. Febr. In der heutigen Sitzung der Parnell-Kommission wurde der Zeuge Houston vernommen. Er erklärte, Piggot habe die in Rede stehenden Briefe an ihn von Paris aus gefandt und glaubt, Piggot habe sie von dortigen irischen extremen Politikern bekommen. Als Houston darauf von den Advokaten Parnells in ein Kreuzverhör genommen wurde, gab er zu, alle von Piggot erhaltenen Briefe und Telegramme vernichtet zu haben, nachdem er erfahren hatte, daß er als Zeuge vor die Kommission treten müsse. Er weiß auch,

daß Piggot gewisse kompromittirende Briefe an den Sachwalter Parnells geschrieben hat.

Rußland.

St. Petersburg, 19. Febr. Gutem Vernehmen nach sind endgiltige Dispositionen für die nächste Auslandsreise des Czaren noch nicht getroffen.

Zu der afghanischen Angelegenheit wird der Berliner „Nationalzeitung“ aus Petersburg geschrieben: „Die vor einigen Tagen hier eingetroffene Meldung, Abdurrahman habe sich mit einer großen militärischen Begleitung der russischen Grenze genähert, hat hier im ersten Augenblick eine gewisse Sensation erregt, man fing an, von fremden Einflüssen zu reden, man sagte sich, hinter Abdurrahmans Vordringen stehe ein wohl-ausgerechneter Schachzug Englands u. dergl. mehr. Die hiesige Presse nahm ihrerseits eine kriegerische Haltung an und ließ es an Drohungen nicht fehlen. Nun hat sich die erste Aufregung gelegt und wenn man sich auch nicht verhehlen kann, daß Abdurrahman Chan von kriegerischen Gelüsten befeuert ist, so ist es in hiesigen gutorientirten Kreisen ganz zweifellos, daß dabei ein Einfluß einer irgend welchen europäischen Macht vollständig ausgeschlossen ist. Nun ist ja die Möglichkeit einer kriegerischen Entwicklung in Afghanistan an und für sich eine höchst unangenehme, da ein — auch noch so kleiner — Feldzug in Asien unverhältnißmäßig viel Geld und Leute beansprucht — Stobeleffs denkwürdiger Siegesmarsch nach Geog-Tepe hat das mit Widerstand bewiesen — und deshalb muß und wird Rußland alles anwenden, um einem Kriege in Asien vorzuzugreifen, andererseits ist aber die Regierung fest entschlossen, im Falle der Unmöglichkeit einer friedlichen Beilegung der Sache unverzüglich und mit Strenge gegen Abdurrahman vorzugehen. Rußland wird in seinen mittelasiatischen Ländern auch nicht einen Schritt zurückweichen — das ist zum Prinzip der jüngsten russischen auswärtigen Politik geworden — und wird die größten Opfer bringen, um sein Prestige in Asien aufrecht zu erhalten. Man erwartet hier mit ziemlicher Ruhe und Entschlossenheit weitere Nachrichten und wird die friedliche Obergerichtung aufgeben lassen, so lange Rußlands Macht und Ansehen in Centralasien keine direkte Gefahr droht.“ Die „Nationalzeitung“ begleitet den Abdruck vorstehend mitgetheilte Korrespondenz mit folgender Bemerkung: „Diese Mittheilungen lauten ja insofern ganz erfreulich, als England ein auch nur indirektes angriffsweises Vorgehen gegen die russische Machtstellung in Asien von niemand zugetraut werden dürfte. Was aber weit mehr die Welt interessieren würde, wäre eine endliche zuverlässige Mittheilung darüber, was eigentlich an der afghanischen Grenze sich zugetragen hat, daß man russischerseits in Centralasien so in Alarm versetzt worden ist.“

Amerika.

Washington, 19. Febr. Wie verlautet, hat der zukünftige Präsident Harrison beschlossen, sein Kabinett folgendermaßen zusammenzusetzen: Blaine Staatssekretär; der Gouverneur von Wisconsin, Rus, Kriegssekretär; Exsenator Windom (Minnesota) Sekretär des Schatzes; Exsenator Thomas C. Platt (Newyork) Generalpostmeister und Senator Warner Miller Ackerbauminister.

Beifungstimmen.

In dem von der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“ als völlig zureichend bezeichneten Artikel, „Der Kaiser und der Kaiser“ (vergl. „Karlstr. Bl.“ Nr. 50, Neueste Telegramme) wirft der „Sannoverische Kurier“ einen Rückblick auf das vergangene Jahr, speziell auf Anstrengungen, welche zur Zeit der 99 Tage gemacht worden seien, den Fürsten Bismarck von seinem Posten zu verdrängen und im Zusammenhang damit auf die Tendenz, einen inneren Gegensatz zwischen Kaiser und Kanzler zu konstruiren, die der „Kurier“ neuerdings in einigen Kreisen der Presse zu erkennen glaubt. Nachdem in einigen Sätzen die kurze Regierungszeit Kaisers Friedrich besprochen, fährt das Blatt fort:

„Der unglückliche Kaiser Friedrich hatte, als er dem Reichskanzler am 12. März im Eisenbahnwagen seine — wie wir seitdem wissen, von Herrn Gesselen entworfenen — Proklamation überreicht hatte, keine Ahnung, daß neben seinem Programm, wie es darin niedergelegt war, noch ein anderes bestand, welches sich auf allen Wegen und mit allen Mitteln an ihn herandrängte und hinter seinem edlen Namen Deckung suchte. Inland und Ausland hatten sich zu diesem Programm verbündet, Vorkredungen im Inlande, die auf die Befestigung des verhassten Kanzlers abzielten, Vorkredungen im Auslande, welche dasselbe Ziel im Auge hatten, um in dem Fürsten Bismarck den Schluß- und Endstein der bisherigen Reichspolitik aus dem Fundament herauszubringen. Der Moment, auf welchen die Feinde von innen und außen so lange und schändlich gewartet hatten: das Hinscheiden unseres großen Kaisers, war eingetreten, man hoffte, sein Lebenswerk mit ihm einzufahren zu können. Die gewaltige Verwirrung, welche gegen das Reich heraufstufte, vermochte Kaiser Friedrich nicht mehr zu übersehen. Wohl aber ist die Situation Gegenstand erster Sorge gewesen zwischen den deutschen Fürsten, welche die Trauertage des März in Berlin veramtelten und die mit dem Reichskanzler ihre Gedanken austauschten. An der Gesamtheit der deutschen Bundesregierungen eine unbedingt zuverlässige Unterstützung in der Aufrechterhaltung der bisherigen Reichspolitik, in dem Festhalten des großen Erbes Kaiser Wilhelms zu besitzen, diese Gewißheit war dem Kanzler in jenen Tagen zu Theil geworden.“

Noch in der Erinnerung steht der Trinkspruch, mit welchem am 1. April vorigen Jahres der Kronprinz Wilhelm den Kanzler an seinem Geburtstag ehrte, indem er ihn als den Bannerträger bezeichnete, welcher, nachdem der älteste Führer gefallen, der nächste schwer getroffen sei, seinen Fußes voranschreite. Jener Trinkspruch war mehr, als die große Menge der Zeitungsläser ahnen konnte: es war in jenen kritischen Tagen das aus der tiefsten Seele entfloßene politische Glaubensbekenntnis des Thronerben, unseres nunmehrigen Kaisers. Ein Glaubensbekenntnis nicht etwa seinem kaiserlichen Vater gegenüber. Der Glückwunsch, welchen Kaiser Friedrich dem Kanzler zu dessen militärischem Dienstjubiläum sandte — das Schreiben ist erst vor wenig Wochen bekannt geworden —, atmet die gleichen Gesinnungen; wohl aber ein Glaubensbekenntnis jenem gegen das Lebenswerk Kaiser Wilhelm I. gerichteten Programm gegenüber: Kaiser Wilhelm II. hat dann am 16. August, am Jahrestage von Mars-la-Tour und Bionville, nur deutlich und unumwunden ausgesprochen, was an jenem 1. April die Seele des Kronprinzen bewegte.

Wer heute von dem Verhältniß zwischen Kaiser und Kanzler ein Bild zeichnen will, wird mindestens auf den 1. April 1888 zurückgreifen müssen und an jenes in so bestimmter Weise abgelegte Zeugniß erinnern. Kundige wissen freilich,

daß schon der Prinz Wilhelm sich seit Jahren mit vollster Ueberzeugung in den Dienst der vom Fürsten Bismarck vertretenen Politik seines laienlichen Großvaters gestellt hatte.

Als daher Kaiser Friedrich ausgerufen und Kaiser Wilhelm II. den in einem Jahre zum zweiten Male erledigten Thron seiner Väter bestieg, war zwischen ihm und dem Fürsten Bismarck kein neues Verhältnis aufzurichten. Wohl war es fortan ein Verhältnis zwischen König und Unterthan, aber der neue Herrscher wußte, wessen Verdienst es war, daß er die Krone Wilhelms I. ungeschmälernt an Ehre und Würde, an Macht und Ansehen überkam.

In anderer Art als das vorausgegangene kündigte das neue Regiment sich an mit den kühnen Worten an Meer und Flotte, mit der entschlossenen Sprache der ersten Thronrede. Hatte der politische Kompaß während der vorgangenen Monate nach England gewiesen, Kaiser Wilhelm II. richtete ihn sofort nach Petersburg, um darzutun, daß ihm nichts ferner liege, als eine prinzipiell antirussische Politik, welche Deutschlands Interesse nicht erfordert.

Seidem haben wir den Kaiser zweimal in Friedrichsruh gesehen. Ueber die Wege, welche der Monarch inne zu halten gewillt ist, konnte im Inlande wie im Auslande füglich kein Zweifel bestehen. Als dennoch Intrigue und Parteigeiz ausbrach, aus der Geffiden-Angelegenheit Giftstoffe gegen den Kanzler schützten zu können, entbot der Neujahrsgruß, welchen der Monarch dem Fürsten Bismarck sandte und der durch die von ihm befohlene Veröffentlichung an der Spitze des „Reichsanzeigers“ noch eine besondere, für Jedermann verständliche Sprache führte, die Minister von rechts und links ihrer vergeblichen Arbeit. Aber unsere Zeit ist schnelllebig. Daß Kaiser Wilhelm am Abend des 21. Dezember seine Politik abermals mit erstem Nachdruck festgelegt hat, als er die Bitte zu Gott aussprach, „noch lange mit dem Kanzler vereint für die Größe und Wohlfahrt des Vaterlandes wirken zu können“, — darf aufkeimend um die Mitte Februar schon wieder vergessen sein.

Es gibt Leute, welche besonders weise zu sein meinen, indem sie auf den großen Altersunterschied zwischen dem Kaiser und seinem ersten Berater hinweisen und — die Einen fürchtend, die Andern hoffend — behaupten, ein solches Verhältnis werde nicht lange durchführbar sein. Diese Redner vergessen nur, daß, wenn gleich Kaiser Wilhelm II. verhältnismäßig jung an Jahren, immerhin etwas älter als Friedrich der Große und Friedrich Wilhelm III. zur Regierung gelangt ist, die seinem Regierungsantritt vorausgegangenen drei Monate so reich an schmerzlichen Erfahrungen aller Art waren, wie sie in der neueren Geschichte vielleicht einzig dastehen und jedenfalls kaum je einem Thronerben befallen gewesen sind. In dieser Zeit ist die altersgereifte Weisheit des Fürsten Bismarck wie für Deutschland selbst, so auch für den Thronerben von unschätzbarem Werthe gewesen.

Der Unterschied der Jahre könnte in Betracht kommen, wenn nicht einerseits der Kaiser an den Grundanschauungen der Bismarck'schen Politik aus vollster Ueberzeugung festhielte, andererseits Fürst Bismarck nicht der ergabene Lebensmann des Hauses Hohenzollern wäre, als welcher er es sich nun bald 27 Jahre hindurch im höchsten Staatsamt erwiesen hat. Als Prinz Wilhelm im September 1887 dem Kanzler persönlich in Friedrichsruh zum 25jährigen Ministerjubiläum gratulirte, hat er sicher nicht vorausgesetzt, daß Fürst Bismarck schon ein Jahr später auch noch sein Minister sein werde. Daß es dennoch so geworden, daß sicherlich Niemand mehr als eine große Gnade der Vorsehung empfunden, denn Kaiser Wilhelm II.

Mögen immerhin gewisse Mütter — Ausdruck vorhandener Wünsche und Stimmungen — sich den Anschein geben, als hätten sie einen Nachfolger für den ersten Kanzler womöglich schon zu dessen Lebzeiten bereit. — Sie haben die Rechnung ebenso ohne den Wirth gemacht, wie die Interessenten der antibismarck'schen Politik unter Kaiser Friedrich die Rechnung ohne den Wirth gemacht hatten, so lange der Kaiser zu regieren vermochte. Das „Niemand“, welches einst Kaiser Wilhelm I. an das letzte Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck gesetzt, steht sicherlich ebenso tief und fest in das Herz seines Enkels eingeschrieben. Und wenn dereinst, nach hoffentlich noch langen Jahren, Gottes Allmacht dem irdischen Wirken des Staatsmannes ein Ziel setzt, um welchen alle Völker uns beneiden und der für uns Heere aufwiegt, so wird Fürst Bismarck die Augen in der Zuversicht schließen dürfen, daß über der mühevollen Arbeit seines Lebens niemand treuer und sorglicher wachen wird, als sein königlicher Herr. Mit ihm die Nation in ihrer großen und dankbaren Mehrheit.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 20. Februar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog ertheilte heute Vormittag den nachbenannten Personen Audienz: dem Hofrath Professor Dr. Pfleger von Heidelberg, dem Professor Dr. Gaf von Bruchsal, dem Stadtpfarrer Burger von Gengenbach, dem Finanzrath Becker hier, dem Pfarrer Matt von Fautenbach, dem Professor Dr. Boehm von Freiburg, dem Professor Dr. Schapira von Heidelberg, dem Professor Dr. Kochler daselbst, dem Finanzinspektor Schulz hier, dem Domainenverwalter Martin von Kehl, dem Amtmann Wild von Waldshut, dem Pfarrer Jhrig von Ertzweier, dem Pfarrer Haas von Oberbaldingen, dem Oberamtmann Habermehl von hier, dem Professor Bischoff an der hiesigen Kunstgewerbeschule, dem Bezirksassistenten Dr. Kaiser von hier, dem Professor Dr. Fabricius von Freiburg, den Professoren: Dr. Friedländer und Dr. Rosenbergs, beide an der Großherzoglichen Technischen Hochschule, dem Professor Dr. Beckler von hier und dem Sekretär Fiedler bei der Generalintendantur der Großherzoglichen Civilliste.

Danach nahm der Großherzog die Meldung des Majors Wallmüller, Bataillonskommandeur im 6. Badischen Infanterie-Regiment Kaiser Friedrich III. Nr. 114, entgegen. Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimraths von Regenauer und des Legationssekretärs Freiherrn von Babo.

(Eintritt von Civilpersonen in die hiesigen Kasernen.) Auf Ersuchen der Kommando's der hier garnisontirenden Truppenbrüder bringt das groß. Bezirksamt zur öffentlichen Kenntniß, daß Civilpersonen der Eintritt in die Kasernen nur nach vorheriger Anmeldung auf der betreffenden Kasernwachstube, zu welcher die an den Thoren aufgestellten Posten den Weg zeigen, gestattet ist. Zuwiderhandlungen werden arretirt und der nächsten Polizeistation behufs Feststellung ihrer Persönlichkeit zugeführt; außerdem haben dieselben strafendes Einschreiten auf Grund des § 123 R.St.G.B. zu gewärtigen. Hinsichtlich der Artilleriekasernen Gottesau insbesondere ist bestimmt, daß Civilpersonen der Eintritt durch das auf der Durlacher Allee fahrende (Artillerie-)Thor und durch das an der Schlachthausstraße gelegene (Train-)Thor überhaupt nicht gestattet werden darf; die Erlaubniß zum Einpassiren in dieses Kasernenamt ist daher stets an dem in der Verlängerung der Gottesauerstraße befindlichen (Karlsruher) Thore nachzuführen.

(Berichtigung.) Im Artikel der gestrigen Nummer über die Neuwahl des ärztlichen Ausschusses muß es in der 11. Zeile heißen prakt. Arzt Medizinalrath Dr. Eschbacher in Freiburg.

(Freiburg, 18. Febr. (Bürgerauskunft.) — F a d e l z u a.) Der Bürgerauskunft hat am Freitag die jüngst erwählten Vorlagen des Stadtraths theils einstimmig, theils mit sehr großer Mehrheit genehmigt. Es wird also der Kohlhof-Gesellschaft ein Darlehen von 160 000 Mark garantirt. Es wird ein Zeichenhaus auf dem Friedhofe hergerichtet und in obligatorische Benutzung genommen werden und es wird endlich das jetzt sog. Stadtorchester tatsächlich ein städtisches Orchester werden. Am Dienstag findet bereits wieder eine Sitzung des Bürgerauskunftes statt, und zwar zur Verabreichung des Vorschlags für das nächste städtische Etatsjahr. — Der Fackelzug, welchen die hiesige Studentenchaft am letzten Sonntag dem Scheidenden und dem neuen Herrn Prorektor darbrachte, war diesmal besonders imponant.

(Konzert.) Herr Kapellmeister Adolf Boettge aus Karlsruhe hat mit der Kapelle des Leibregiments Nr. 109 in letzter Zeit eine Konzerttournee durch mehrere größer badi'sche Städte unternommen, die er in unserer Stadt auf das erfolgreichste beschloß. Die „Freisauer Zeitung“ berichtet über das hier von Herrn Boettge und seinen Künstlern gegebene Konzert in einem längeren Artikel, in welchem es heißt: „Das von diesem Herrn mit seiner trefflichen Kapelle des ersten badi'schen Leib-Regiments von Karlsruhe gegebene historische Militärmusikconcert bot von der Faffung der Feldtrompeten und Heerpauken an bis zu den Tonbildern, die die Reife des Kaisers darstellend, einen prächtigen Kunstgenuß, und es mußten uns die alten, mit der zur Zeit ihrer Entdeckung üblichen Instrumenten vorgetragenen Weisen ganz eigenartig aber doch gar freundlich an. Gut vorgetragen wurde auch die

Waldüren-Fantastie und eine ganz interessante, mit vielem Geschick und Geschmacl arrangirte Zusammenstellung bet. die „Reise des deutschen Kaisers“. Das sehr zahlreich versammelte Publikum nahm sämtliche Darbietungen mit dem den wirklich ausgezeichneten Leistungen der Kapelle gebührenden lebhaften Beifall auf; Herr Boettge hat sich sicher bei denen, welche ihn noch nicht kannten, viele neue Freunde erworben und den alten eine große Freude bereitet, den Darbietungen der von ihm seit lange trefflich geführten Musikerschar wieder einmal lauschen zu können. Die Kapelle stattete zum Schluß ihren Dank für den gespendeten Beifall durch eine freundliche Zugabe ab.“ Herr Kapellmeister Boettge ist, wie wir erfahren, während seines hiesigen Aufenthalts auch die Ehre zu Theil geworden, Ihren königlichen Hoheiten dem Erbgroßherzog und der Erbgroßherzogin eine musikalische Huldigung darbringen zu dürfen.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 20. Febr. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des Präsidenten des Kammergerichts v. Dehlschläger zum Staatssekretär des Reichsjustizamts unter Verleihung des Charakters als Wirklicher Geheimrath mit dem Prädikat Excellenz.

Berlin, 20. Febr. Bezüglich der Artillerievorlage wird gemeldet, daß die Zahlen derselben auch jetzt noch nicht endgiltig festgestellt sind. Dieselbe wird als ein Nachtragsetat eingebracht werden, bei dem auch der Kredit für Ostafrika eingerechnet sein wird. Auf der Tagesordnung der morgen stattfindenden Plenarsitzung des Bundesraths steht die Vorlage noch nicht.

Stuttgart, 20. Febr. (Privattelegramm.) Aus Nizza wird berichtet, daß Seine Majestät der König, Allerhöchstwelscher sich, von nervösen Beschwerden und Schlafstörungen abgesehen, in letzter Zeit leiblich wohl befunden hat, seit einigen Tagen an einer neuen katarrhalischen Erkrankung der oberen Luftwege, verbunden mit Heiserkeit und heftigen Hustenanfällen, erkrankt ist. Doch ist bei der jetzt eingetretenen besseren Witterung zu hoffen, daß die akute Erkrankung einen normalen Verlauf nehme. Der König ist nicht genöthigt, seine gewohnte Lebensweise zu ändern.

Belgrad, 20. Febr. Bei den gestrigen Stichwahlen zum Gemeinderathe siegten wieder die Radikalen. Die Beteiligungen der Liberalen war eine sehr schwache.

Ulm, 20. Febr. Die Kammer bewilligte das Budget, worauf die Session geschlossen wurde.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 21. Febr. 23. Ab.-Vorst.: „Die Entführung aus dem Serail“, komische Oper in 3 Aufzügen, von W. A. Mozart. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, 22. Febr. 23. Ab.-Vorst.: „Die Sternschnuppe“, Schwank in 4 Akten, von G. v. Moser und Otto Girndt. Anfang 7 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Geburten. 15. Febr. Wilhelm Friedrich Siegfried, B.: Georg Ehrlich, Gastwirth. — 18. Febr. Franziska Emilie, B.: Ludw. Reif, Baumeister. — 19. Febr. Marie Elisabeth, B.: Jakob Bucher, Kutscher. — Johanna, B.: Karl Schnegler, Bürgermeister. Eheschließungen. 19. Febr. Emil Haas von Steinbach, Schlosser hier, mit Karoline Reif Wwe. von Leopoldsbafen. — Adam Kühnle von Mühlader, Fabrikarbeiter, mit Gertrude Berch von Lampertheim. Todesfälle. 19. Febr. Ferdinand Hirschhorn, Chem., groß. Oberlandesgerichtsrath, 62 J. — Eugenie Burthardtmaier, led., 23 J. — Ernst Trüffel, led., Kaufmann, 26 J. — Karoline, Ehefrau von Valter Josef Kolb, 38 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Relative Feuchtigk. in %	Wind.	Witterung.
19. Nachts 9 U.	760.4	+ 4.4	5.8	93	SW	bedeckt
20. Morgs. 7 U.	750.1	+ 3.8	5.2	87	"	"
20. Mittags 2 U.	747.8	+ 4.2	5.8	93	"	"

Wasserstand des Rheins. Magau, 20. Febr., Morgs. 3, 76 cm, gestiegen 3 cm.

Wetterkarte vom 20. Februar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Depression, welche gestern über der mittleren Ostsee lag, ist zwar etwas ostwärts gezogen, beherrscht aber außer ihrer nächsten Umgebung noch ganz Mitteleuropa, wo infolge dessen das regnerische milde Wetter fort dauert.

Frankfurter telegraphische Kursberichte.

vom 20. Februar 1889.

Staatspapiere.	Bahnaktien.
4% Deutsche Reichsanleihe 109.30	Staatsbahn 212.50
4% Preuß. Konf. 108.95	Lombarden 84.—
4% Baden in fl. 103.30	Galizier 173.50
4% „ in M. 105.45	Elbthal 174 1/2
Deherr. Goldrente 93.90	Weslbürger 149.20
Silberrent. 70.60	Weslbürger 109.80
4% Ungar. Goldr. 85.40	Weslbürger 171.20
1877r. Russen —	Weslbürger 136.40
1880r —	Weslbürger 169.12
II. Orientanleihe 67.40	London 20.45
Italiener 95.80	Paris 80.83
Ägypter 87.—	Wien 168.60
Spanier 75.10	Rapolskendor 16.18
Serben 84.60	Privatbank 19.—
Banfen.	Bad. Zuckerfabrik 99.—
Kreditaktien 261 1/2	Alkali Westereg. —
Disconto-Kommandit 235.30	Kreditaktien 261 1/2
Basler Banker. 162.—	Staatsbahn 212 1/2
Darmstädter Bank 172.40	Lombarden 84.—
5% Serb. Hyp. Ob. 87.50	London: still.
Berlin.	Wien.
Def. Kreditakt. 168.70	Kreditaktien 311.30
Staatsbahn 106.30	Marknoten 59.27
Lombarden 42.80	Ungarn 101.22
Pist.-Kommand. 239.20	London: still.
Garrabütte 141.70	Paris.
Dortmunder 101.10	3% Rente 83.92
Ratiensburger 86.—	Spanier 75 1/2
Böhm. Nordbahn —	Ägypter 437.—
London: —	Ottomane 543.—
	London: —

Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft.
Einunddrissigster Rechnungs-Abschluss für das Jahr 1888.
(Genehmigt von der Generalversammlung am 15. Februar 1889.)

Einnahme.

1. Rücklage für Schäden vom vorigen Jahre:		
a. In der Feuerversicherung	M. 35 370. 00	
b. " " Glasversicherung	" 2 290. 00	M. 37 660. 00
2. Versicherungsgebühren:		
a. In der Feuerversicherung:		
I. Rücklage von 1887	M. 536 969. 56	
II. Für 1888 versicherte	M. 535 879 591. —	" 838 017. 48
b. In der Glasversicherung:		
I. Rücklage von 1887	M. 67 483. 80	
II. Für 1888 versicherte	M. 3 200 259. —	" 59 629. 48
3. Zinsen		M. 127 113. 28
		M. 62 867. 89
		M. 1 602 628. 21

Ausgabe.

1. Bezahlte Schäden abzüglich des Antheils der Rückversicherer:		
a. In der Feuerversicherung	M. 201 086. 78	
b. " " Glasversicherung	" 83 200. 95	M. 284 287. 73
2. Rücklage für schwebende Schäden:		
a. In der Feuerversicherung	M. 49 531. 00	
b. " " Glasversicherung	" 6 264. 00	M. 55 795. 00
3. Rückversicherungsgebühren		M. 198 664. 89
4. Geschäftslosten:		
a. Vergütungen an die Agenten abzüglich des Beitrages der Rückversicherer	M. 131 098. 48	
b. Vergütung des Aufsichtsrathes, Gehalte, Steuern, Druck- u. Reisekosten, Postgebühren u. s. w.	" 86 992. 49	M. 218 090. 97
5. Abschreibungen		M. 5 837. 07
6. Versicherungsgebühren-Rücklage:		
a. In der Feuerversicherung	M. 657 145. 33	
b. " " Glasversicherung	" 77 335. 27	M. 734 480. 60
7. Gewinn		M. 155 471. 95
		M. 1 602 628. 21

Vermögens-Aufstellung am 31. Dezember 1888.

Aktiva.

1. Wechsel der Aktionäre	M. 2 400 000. 00
2. Hypotheken	" 785 789. 55
3. Werthpapiere:	
a. M. 75 000. — Deutsche 3 1/2% Reichsanleihe,	
b. " 7 200. — Oesterreichische 4% Rentenbriefe,	
c. " 120 000. — Kur- und Neumärkische 4% Rentenbriefe,	
d. " 90 000. — Pommer'sche 4% Rentenbriefe,	
e. " 90 000. — Böhmer'sche 4% Rentenbriefe,	
f. " 99 000. — Preussische 4% Rentenbriefe,	
g. " 54 000. — Rheinische und Westfälische 4% Rentenbriefe,	
h. " 84 000. — Sächsische 4% Rentenbriefe,	
i. " 94 500. — Schlesische 4% Rentenbriefe,	
k. " 120 000. — Schleswig-Holsteinische 4% Rentenbriefe.	
M. 833 700. —, Kurswerth: M. 872 856. 60. angenom-	M. 829 950. 00
men zu	M. 249 688. 54
4. Guthaben bei Oldenburgischen Bankgeschäften	" 2 212. 26
5. Kassebestand	" 96 357. 54
6. Ausstände bei Agenturen u. s. w.	" 45 000. 00
7. Geschäftshaus	" 16 612. 52
8. Stückzinsen	"
	M. 4 425 610. 41

Passiva.

1. Grundvermögen	M. 3 000 000. 00	
2. Rücklage für schwebende Schäden:		
a. In der Feuerversicherung	M. 49 531. 00	
b. " " Glasversicherung	" 6 264. 00	M. 55 795. 00
3. Versicherungsgebühren-Rücklage:		
a. In der Feuerversicherung	M. 657 145. 33	
b. " " Glasversicherung	" 77 335. 27	M. 734 480. 60
4. Rücklage für das Grundvermögen	" 246 600. 95	
5. Rücklage für unvorhergesehene Fälle	" 181 844. 82	
6. Beamten-Unterstützungskasse	" 2 017. 95	
hievu Zinsen	" 80. 72	
7. Verschiedene Gläubiger	" 2 098. 67	
8. Reingewinn: M. 155 471. 95.	" 49 318. 42	
Hievon erhalten laut Gesellschaftsvertrag:		
a. die Rücklage für das Grundvermögen (20%)	M. 31 094. 39	
b. als Gewinnantheile:		
der Direktor (5%)	" 7 773. 60	
der stellvertretende Direktor (1 1/2%)	" 1 943. 40	
die Beamtenunterstützungskasse (1 1/4%)	" 1 943. 40	
Der Generalversammlung wird vorgeschlagen:		
c. der Rücklage für unvorhergesehene Fälle	" 22 717. 16	
so daß		
d. die Aktionäre erhalten	" 90 000. 00	
das ist 15% des baar eingezahlten Grundvermögens oder M. 45. — für jede Aktie.	M. 155 471. 95	
	M. 4 425 610. 41	

Oldenburg, den 22. Januar 1889.
Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft.
Der Direktor: W. Fortmann.
Die obige Vermögens-Aufstellung haben wir mit den Büchern verglichen und in allen Theilen richtig befunden.
Oldenburg, den 25. Januar 1889.
Der Aufsichtsrath:
A. Schwarz, G. Ahlhorn, J. D. Borgecke, A. G. Gehrels, Oldenburg.
Vorstand: J. B. Hoggemann, A. Schmidt, G. Wilters, Oldenburg.
Stellv. Vorsitzender: J. B. Hoggemann, Hannover.
Zwischenabm. Oldenburg. T. 419.

HAMBURG-AMERIKANISCHE PACKETFAHRT-ACTIEN-GESELLSCHAFT.
Directe deutsche Postdampfschiffahrt
von **Hamburg Newyork** jeden Mittwoch und Sonntag, jeden Dienstag, von **Havre Newyork** jeden Dienstag, von **Stettin Newyork** alle 14 Tage, von **Hamburg Westindien** monatlich 4 mal, von **Hamburg Mexico** monatlich 1 mal.
Die Post-Dampfschiffe der Gesellschaft bieten bei ausgezeichneter Verpflegung, vorzüglicher Reise-Commodität sowohl für Calcutta- wie Zwischendecks-Passagiere.
Nähere Auskunft theilt **Urban Schmitt, Karlsruhe; C. Immer, Wössingen.** T. 104.

Von Autoritäten empfohlen und seit 20 Jahren bewährt.
Löflund's Malz-Extract ächt, concentr., b. Husten, Heiserkeit, Brust- u. Lungen-Catarrh, Athemnoth etc. bei Bleichsucht und Blutarmuth. für nervenschwache Frauen.
Eisen-Malz-Extract für knochenleidende Kinder u. Lungenleidende für scrophulöse Personen.
Chinin-Malz-Extract für nervenschwache Frauen.
Kalk-Malz-Extr. für scrophulöse Personen.
Leberthran-Malz-Extract für scrophulöse Personen.
Zu haben in allen Apotheken, wobei stets zu verlangen: von Ed. Löflund, Stuttgart. T. 303. 7.

Blut-Apfelsinen, 30-50 Stück (je nach Größe der Frucht), in einem 5 Ko.-Körbchen frostsicher verpackt, versendet für 3 Mark portofrei in bekannter Güte die Administration des „Exporteur“ in Triest. T. 895. 3.

Zitronen 40-50 Stück M. 2.70.
Neue Malta-Kartoffeln 5 Ko. M. 2.50. Alles portofrei.
Wir bringen hiermit zur Kenntniss, daß an Stelle des Herrn Legationsraths A. D. v. Kehler zu Berlin, Herr Graf Bassewitz-Bebow auf Gladen bei Stendal zum Vorsitzenden unserer Gesellschaft gewählt worden ist.
Berlin, den 7. Februar 1889.
Preussische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft.
Die Direction. T. 448.
v. Uebel.

Bürgerliche Rechtspflege.
Verhandlung.
T. 943. Nr. 1565. Wiesloch. Johann Georg Limberger ledig von Wiesloch wurde durch diesseitiges Erkenntnis vom 26. Januar 1889, Nr. 1249, gemäß V. N. S. 499 verurtheilt. Wiesloch, den 12. Februar 1889.
Großb. bad. Amtsgericht.
Dr. Krüger.
Erbeinweisung.
T. 892. 3. Nr. 1330. Schopfheim m. Großb. Amtsgericht Schopfheim hat verfügt:
Der Großb. badische Justiz, vertreten durch Großb. Generalstaatsanwalt in Karlsruhe, hat um Einsetzung in Besitz und Gewähr des Nachlasses der ledigen Obhändlerin Karoline Wühler von Schopfheim gebeten.
Etwasige Einwendungen sind binnen 6 Wochen dahier vorzubringen.
Schopfheim, den 8. Februar 1889.
Der Gerichtsschreiber: Gauer.

Erbdarstellungen.
T. 414. Baden. Franziska Stöbel, ledig und volljährig, von Lichtenthal, deren wirklicher Aufenthalt hier unbekannt, ist zum Nachlaß des Kasimir Ketterer, Steinbrecher in Lichtenthal, mitberufen.
Zur Vornahme der Verlassenschaftsverhandlungen ist Tagfahrt auf Freitag den 22. Februar 1889, Nachmittags 2 Uhr, in das Rathhaus zu Lichtenthal anberaumt.
Hierzu und zu den weiteren Theilungsverhandlungen wird Franziska Stöbel mit dem Bemerkten vorgeladen, daß, wenn sie nicht erscheint, noch durch einen Bevollmächtigten sich vertreten läßt, der Großb. Amtsgericht ein Theilungspfeiler für sie bestellt wird.
Baden, den 14. Februar 1889.
Großb. Notar
W. Fris.
T. 252. 1. Schopfheim.
Die Verlassenschaft der Marie Katharina, geb. Greiner, Ehefrau des Tagelöhners Johannes Schneider von Döfel betr.
Barolin Schneider, geb. am 9. September 1851 in Hesel, und Edward Schneider, geb. am 28. März 1860 in Glashütten, welche nach Amerika ausgewandert und deren Aufenthaltsorte unbekannt sind, werden zu der Vermögensaufnahme und den Theilungsverhandlungen auf Ableben ihrer im Betreff genannten Mutter mit Frist von drei Monaten mit dem Anfügen vorgeladen, daß im Falle ihres Nichterscheinens ihre Erbberechtigten ihren Bewilligten zugetheilt werden, wie wenn sie zur Zeit des Erbansfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.
Schopfheim, den 11. Februar 1889.
T. 413. Buchen. Gertrud, Johann Matthäus, M. Genovefa, Gabriel, Josef Anton, Johann Baptist, Katharine und M. Barbara Dea von Oberlesch oder deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Ansprüche an den Nachlaß des Landwirths Peter Josef Dea von Gösingen binnen drei Monaten geltend zu machen, widrigenfalls die Erbschaft Denen zugewiesen würde, welchen sie zukäme, wenn die Geladenen den Anfall nicht erlitten hätten.
Buchen, den 9. Februar 1889.
Großb. Notar
J. Serger.
T. 373. 1. Mosbach. An den Nachlaß der am 8. September 1888 verstorbenen Witwe des Landwirths Martin Wolf, Rosina, geb. Ungerer von Riffenbach, sind deren Sohn Martin Wolf, der seiner Zeit in Alghand

schiff: „Submission auf Brennholz“ portofrei zu dem auf Samstag den 2. März er., Vormittags 10 Uhr, angelegten Termin einreichen.
Karlsruhe, den 19. Februar 1889.
Königliche Garnison-Verwaltung.
T. 451. 1. Nr. 1343. Freiburg.

Großb. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Die Lieferung von
1. 3,0 cdm eichener Brückenbölzer und Schubleisten,
2. 288 am forlerer Gefäßköllinge von 6 und 8 cm Dicke
ist zu vergeben.
Angebote auf das Ganze oder auch auf 1 und 2 getrennt wollen bis Donnerstag den 28. d. Mts., Morgens 10 Uhr, zu welcher Zeit die Submissionsverhandlung stattfindet, auf dem Bureau des Unterzeichneten eingereicht werden.
Lieferungsbedingungen und Holzverzeichnis liegen daselbst bis dahin zur Einsicht auf.
Freiburg, den 18. Februar 1889.
Großb. Bahnbau-Inspektor.
T. 403. 2. Karlsruhe.

Großb. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Vorbehaltlich höherer Genehmigung vergeben wir die Lieferung von
600 bis 800 Stück Arbeiter-Juppen aus blauem Leinwandstoff nach Muster in zwei Partien von je 300-400 Stück.
Angebote hierauf sind längstens bis Montag den 25. Februar l. J., Vormittags 10 Uhr, anzureichen, woselbst auch die Lieferungsbedingungen auf portofreie Anfrage abgegeben werden.
Karlsruhe, den 12. Februar 1889.
Großb. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.
T. 346. 3. Karlsruhe.

Großb. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Es sollen in Submission vergeben werden:
I. Eisenbleche, 185 Tonnen,
II. Telegraphenleitungsdrähte, nämlich:
10700 verschiedene Stangen für Stalotoren und
500 kg verzinkter Bindedraht,
III. Federnzahl 40 Tonnen und Spezialblechfedern 2000 Stück.
Angebote sind schriftlich, versiegelt und mit der Aufschrift „Submission auf Bleche etc.“ versehen bis längstens Montag den 25. Februar d. J., Vormittags 11 Uhr,
bei der unterzeichneten Stelle einzureichen, welche auf portofreies Verlangen die mit I, II oder III zu bezeichnenden Bedingungen und Angebotsformulare abgibt.
Karlsruhe, den 8. Februar 1889.
Großb. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.
T. 359. 3. Mannheim.

Großb. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Die nachstehenden Bauarbeiten zur Herstellung eines Dienstwohngebäudes mit Stallbauten und Stützmauern auf festem Centralgleisbahnhöfe sollen in Submissionsweise einzeln oder im Ganzen vergeben werden.
I. Erd-, Maurer- und
II. Tischlerarbeiten . . . 19970 M.
III. Zimmerarbeiten . . . 1840 „
IV. Schreinerarbeiten . . . 6420 „
V. Glaserarbeiten . . . 2670 „
VI. Glaserarbeiten . . . 830 „
VII. Kleiderarbeiten . . . 1750 „
VIII. Aushere Arbeiten . . . 780 „
IX. Anstreicherarbeiten . . . 540 „
X. Anstreicherarbeiten . . . 1190 „
Kostenanschläge, in welche von den Submittenten die Einzelpreise einzutragen sind, werden auf der Kanzlei des Unterzeichneten, woselbst auch die Pläne und Bedingungen zur Einsicht auflegen, auf Verlangen abgegeben.
Die Angebote sind längstens bis zum 25. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, zu welcher Zeit die Eröffnung der Submissionen stattfindet, an den Unterzeichneten einzureichen.
Mannheim, den 10. Februar 1889.
Bahnbauinspektor.
T. 975. Wollach.

Bekanntmachung.
Den Bau der Lokalbahn von Zell nach Todtnau betr.
Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit Allerhöchster Staatsministerialentscheidung d. d. Karlsruhe, den 14. Februar d. J., Nr. 58, quäsiert geruht, die Zugrichtung für die Lokalbahn von Zell nach Todtnau nunmehr auch bezüglich der Strecke zwischen Profil 120+00 und Profil 123+00 auf der Gemarfung Schönbau, wie solche in der Natur ausgelegt und profiliert ist, für festbestimmt zu erklären und zur Ausführung zu genehmigen.
Dies wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.
Karlsruhe, den 16. Februar 1889.
Großherzog. Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Eisenlohr.
Dr. Glockner.
T. 442. 2. Die Lieferung
von circa 600 cdm Brennholz, 10000 kg Petroleum, 800 Saarbesen, 400 Pfaffensabellen, sowie 600 Besenstiele soll an Mindestfordernde vergeben werden.
Bedingungen etc. können bei der unterzeichneten Verwaltung eingesehen werden.
Lieferungstermine wollen die Offerte, postmäßig verschlossen, mit der Aufschrift: „Submission auf das Ganze oder auch auf 1 und 2 getrennt“ versehen, bis Donnerstag den 28. d. Mts., Morgens 10 Uhr, zu welcher Zeit die Submissionsverhandlung stattfindet, auf dem Bureau des Unterzeichneten eingereicht werden.
Lieferungsbedingungen und Holzverzeichnis liegen daselbst bis dahin zur Einsicht auf.
Freiburg, den 18. Februar 1889.
Großb. Bahnbau-Inspektor.
T. 403. 2. Karlsruhe.